

### Inhalt:

#### Aktuelles:

Kein falsches Signal bei der  
Regionalförderung!  
Kerstin Westphal.....2

SWIFT-Abkommen -  
wesentliche Fortschritte  
Kerstin Westphal und  
Wolfgang Kreissl-Dörfler...3

Die verkehrspolitische  
Zukunft Europas: besser,  
sicherer, grüner!  
Ismail Ertug.....5

EAD - Parlament legt  
Grundstein für starke EU-  
Diplomatie.....  
Wolfgang Kreissl-Dörfler...7

Die wechselnde  
Ratspräsidentschaft  
Kerstin Westphal.....8

Parlament für starke  
Landwirtschaftspolitik  
Ismail Ertug.....10

Schluss mit dem  
Bonuswahnsinn  
Wolfgang Kreissl-Dörfler..11

Europa hautnah erlebt  
Kerstin Westphal..... 12

#### Service:

Wichtige Termine in  
Bayern.....13

Kontakt.....15

**Der nächste Newsletter  
erscheint Ende September**



### Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen zur sechsten Ausgabe unseres Newsletters, in dem wir Sie wieder über unsere Arbeit informieren wollen. Kerstin Westphal warnt vor kurzfristigen Sparplänen in der Regionalförderung, gibt einen Ausblick auf das kommende halbe Jahr, in dem Belgien trotz der Regierungskrise im eigenen Land die Ratspräsidentschaft inne hat, und verteidigt gemeinsam mit Wolfgang Kreissl-Dörfler die Zustimmung zum SWIFT-Abkommen. Ihr oberbayerischer Kollege erklärt Hintergründe zum Europäischen Auswärtigen Dienst und zum Vorstoß des Europäischen Parlaments, die häufig geforderte Begrenzung von Bonuszahlungen an Managern tatsächlich umzusetzen. Ismail Ertug schildert die Maßnahmen, die für sicherere, effizientere und ökologisch verträglichere Verkehrspolitik sorgen sollen und berichtet von der Vorlage des Parlaments, das sich noch vor der Kommission mit Argumenten für eine starke Gemeinsame Agrarpolitik in Stellung gebracht hat.

Viel Spaß beim Lesen wünschen



Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler und Ismail Ertug



### Kein falsches Sparen bei der Regionalförderung!

*von Kerstin Westphal*

Am Dienstag stimmte das Parlament einem Bericht zur Rolle der Regionalpolitik während der Krise zu. Dabei ging es vor allem um die sogenannten "Ziel-2-Gebiete": Damit sind die "reicherer" Regionen Europas gemeint, die von Globalisierung und Strukturwandel betroffen sind (im Gegensatz zu den ärmeren "Ziel-1-Regionen", wie man sie vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, aber zum Beispiel auch in Teilen Ostdeutschland findet). Für uns Sozialdemokraten war dabei wichtig zu betonen, dass alle Länder weiterhin förderfähig bleiben müssen – also beispielsweise auch die bayerischen Regionen. Schließlich sind fast alle Regionen und Städte in Europa unmittelbar von der Wirtschaftskrise betroffen – nicht nur in den ärmeren Mitgliedstaaten.

#### **Arbeitsplätze erhalten**

Der Bericht betont, dass die europäische Regionalförderung schon vor der Krise viel bewirkt hat – so sind in den "Ziel-2-Gebieten" in den letzten zehn Jahren rund eine Million neue Arbeitsplätze entstanden. Ich habe an diesem Bericht für die Sozialdemokraten mitverhandelt, und klargemacht, dass für uns die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund stehen. Es darf nicht passieren, dass jetzt nur die Interessen von Unternehmen und Banken geschützt werden. Wir wollen und müssen es schaffen, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten, und verlorengegangene Arbeitsplätze neu zu schaffen. Viele Regionen haben es vor der Krise geschafft, einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen, Weiterbildungen und Schulungen zu fördern, und sie haben versucht, die Abhängigkeit ihrer Region von der herkömmlichen Industrieproduktion zu verringern. An diese Erfolge müssen wir nach der Krise anknüpfen.

#### **Bildung fördern**

Nicht zuletzt ist es wichtig, dass der Bericht auf folgendes hinweist: Drei Viertel der Gelder aus den Strukturfonds, die für "Ziel-2-Gebiete" bereitstehen – also Gebiete, in denen sich die Wirtschaft neu



ausrichtet, wie beispielsweise in vielen bayerischen Regierungsbezirken – fließen in die Bereiche Bildung, Innovation und Schaffung von Jobs. Daher müssen wir gut aufpassen, wenn jetzt manche in der EU-Kommission glauben, man solle diese Regionen in Zukunft nicht mehr fördern. Das wäre ein Sparen am völlig falschen Ende und absolut kontraproduktiv!

## **SWIFT-Abkommen: Parlament erzielt wesentliche Fortschritte**

*von Wolfgang Kreissl-Dörfler und Kerstin Westphal*

Am Donnerstag, den 08.07.2010, hat das Europäische Parlament dem umstrittenen und lang umkämpften SWIFT- Abkommen zugestimmt. Das völkerrechtliche Abkommen zwischen der EU und den USA wird die Weitergabe von Bankdaten auf europäischen Servern an amerikanische Behörden zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung regeln.

Das SWIFT-Abkommen ist von großer Bedeutung. Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus stehen wir in einem ganz klaren Spannungsfeld zwischen dem berechtigten Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit vor terroristischen Angriffen, beziehungsweise dem Recht der Bürger auf Unversehrtheit.

Blicken wir noch einmal zurück: Wir Europaparlamentarier standen dem Abkommen äußerst kritisch gegenüber, weil darin der Umgang mit hochsensiblen Daten geregelt wird, jedoch die Anforderungen an angemessenen Datenschutz, ausreichende Rechtsschutzmöglichkeiten oder eine enge Zweckbestimmung zunächst nicht erfüllt wurden. Der ersten ausgehandelten Fassung haben wir daher im Februar unsere Zusage verweigert.

Uns ist bewusst, dass SWIFT nur einen einzelnen Mosaikstein im Kampf gegen den internationalen Terrorismus darstellt, jedoch einen nicht zu unterschätzenden. Nach Angaben von US-Fahndern haben die SWIFT-Daten unter anderem zur kürzlichen Festnahme von drei Terrorverdächtigen in Norwegen und Deutschland geführt.

Das EU-Parlament, und allen voran unsere sozialdemokratische Fraktion, hat viele Verbesserungen durchsetzen können, die sicherstellen, dass das Abkommen sowohl die Privatsphäre gebührend achtet als auch dem Zweck der Terrorbekämpfung dient.



Folgende Verbesserungen und Schutzklauseln sind nun im neuen SWIFT-Abkommen enthalten:

### 1. Konkrete Schutzmaßnahmen gegen den Datenmissbrauch durch US-Beamte

- Das Abkommen sieht eine **Zwischenschaltung der europäischen Polizeibehörde Europol** vor. Bevor die Daten vom Finanzdienstleister SWIFT an das US-Finanzministerium übermittelt werden, prüft Europol, ob die Anfrage gerechtfertigt ist.
- Die **EU wird eine direkte tägliche Kontrolle der Datensuche und -extraktion in den USA durchführen**: Ein von der Kommission ernannter EU-Beamter wird im US-Finanzministerium angesiedelt sein und dort alle Suchprozesse direkt beaufsichtigen. Im Falle von unangemessenen Suchprozessen können diese auf Verlangen des EU-Kontrolleurs gestoppt werden.
- **Rasterfahndung, Profiling und Zufallssuchen** sind in dem Abkommen ausdrücklich **verboten**. Das heißt mit anderen Worten, dass Daten nur nach bestimmten und bereits bekannten verdächtigen Personen durchsucht werden dürfen. Eine unbegründete oder beliebige Durchsuchung der Daten ist nicht erlaubt und wird vom System geblockt.

### 2. Umgang mit dem problematischen Transfer von SWIFT-Massendaten zum US-Finanzministerium

- **Die Anzahl der übertragenen Daten wurde reduziert**, indem alle Daten von Überweisungen im Euroraum (SEPA) ausgeschlossen wurden.
- **Die EU muss ein System einrichten, um den Massentransfer von Daten zu verhindern und eine gezielte Datenextraktion auf europäischem Boden zu ermöglichen**. Hierzu müssen Rat und Kommission einen Gesetzesvorschlag im nächsten Jahr und einen Fortschrittsbericht in drei Jahren vorlegen.

### 3. Schutz der strengen Zweckbegrenzung des Abkommens

- **Der Verwendungszweck des Abkommens wurde strikt auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und dessen Finanzierung begrenzt**. Die Daten dürfen nur bei bereits verdächtigen Personen eingesetzt werden.

### 4. Rechte der Betroffenen, deren Daten übermittelt werden

- Rechte betreffend den **Zugang, die Löschung und die Sperrung der Daten wurden explizit in dem Abkommen aufgenommen**. Nationale Datenschutzbehörden in der EU werden verstärkt eingebunden.

- Das **Informationsrecht der Bürger zum SWIFT-Abkommen und zu ihren Grundrechten** wurde ausdrücklich anerkannt. Das US-Finanzministerium wird die Bürger zu ihren Rechten informieren.
  - **Sensible Daten**, betreffend die ethnische Herkunft, politische Meinung, religiöse Überzeugung und Gewerkschaftszugehörigkeit werden nur in Ausnahmefällen und unter besonders strengen Schutzbedingungen verwendet.
5. **Recht auf gerichtliche und administrative Klagemöglichkeit**
- Das **US-Finanzministerium** verpflichtet sich zu einer **vollständigen Gleichbehandlung von EU-Bürgern**, indem es ihnen das Recht auf administrative und gerichtliche Klage gegen unrechtmäßige Verwaltungsakte einräumt.
6. **Beschränkung der Daten-Speicherzeiten**
- Während die generelle Speicherdauer für nicht-extrahierte (nicht genutzte) Massendaten weiterhin auf fünf Jahre beschränkt bleibt, müssen diese **nicht-extrahierten Daten fortan jährlich auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden und im Zweifelsfall gelöscht werden**. Dies geschieht durch ein **mehrstufiges Überprüfungsverfahren, das von der EU beaufsichtigt wird**.
  - **Alle extrahierten/genutzten Daten werden nach Ende der spezifischen Ermittlungs- oder Anklageverfahren, für welche sie gebraucht wurden, gelöscht**. Unter dem vorherigen Interimsabkommen konnten solche Daten von den US-Behörden bis zu 90 Jahre lang gespeichert werden.

Eine ausführlichere Stellungnahme zu SWIFT finden Sie [auf der Homepage von Wolfgang Kreissl-Dörfler unter der Rubrik "Aktuell"](#). Das SWIFT-Abkommen selbst gibt es [hier zum Nachlesen](#).



### Die verkehrspolitische Zukunft Europas: besser, sicherer, grüner!

*von Ismail Ertug*

In einer Sache sind sich die Abgeordneten des Verkehrsausschusses einig: Das Weißbuch der Kommission zum



Verkehr für die Jahre 2001 bis 2010 hat viele seiner Ziele verfehlt. Die Ziele waren hochgesteckt, teilweise nicht ganz realistisch, so dass am Ende vieles einfach nicht erreicht wurde. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Zahl der Verkehrstoten sollte bis 2010 um 50 Prozent reduziert werden. Doch noch immer gibt es auf den Straßen der EU jährlich fast 40.000 Tote, damit haben wir unser Ziel bei weitem noch nicht erreicht. Derweil steckt die Kommission in ihren Arbeiten, das neue Weißbuch für eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr 2011 bis 2020 vorzubereiten. Mit seinem am vergangenen Dienstag im Plenum angenommenen Initiativbericht hat das Parlament seine Meinung hierzu kundgetan. Das Parlament kommt mit konkreten Vorschlägen, messbaren und realisierbaren Zielen der Kommission entgegen.

### ***Intelligente Verkehrssysteme nutzen***

Fraktionsübergreifend sprechen wir Parlamentarier uns für die Nutzung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) aus. Durch Echtzeitinformation sowohl für den Öffentlichen als auch für den Individualverkehr können Benutzer von IVS nützliche und aktuelle Informationen erhalten wie etwa wo sie sich gerade befinden sowie über Unfälle und Verspätungen und wie sie diese vermeiden können. Dank solcher neuen Technologien kann die Sicherheit auf unseren Straßen erhöht werden. Aber auch für die vielen Lkw-Fahrer muss etwas getan werden: Viele von ihnen sind oftmals grenzüberschreitend unterwegs und Müdigkeit ist nur eine von vielen Herausforderungen für Berufskraftfahrer. Daher ist die qualitative und quantitative Verbesserung der Rastmöglichkeiten in Europa zwingend erforderlich. Da 75 Prozent des Verkehrs sich auf der Straße abspielt und wir noch viele Hürden zu meistern haben, wäre die Einrichtung einer Agentur für den Straßenverkehr nicht völlig verfehlt.

### ***Vollendung des Binnenmarktes***

Ein weiterer Kernpunkt ist die Vollendung des Binnenmarktes. Noch gibt es viel zu viele Hindernisse, die beseitigt werden müssen. In Zukunft soll Güterzügen die Möglichkeit gegeben werden, problemlos grenzüberschreitend zu fahren. Bislang gibt es in Europa viele verschiedene Schienennetze (andere Stromsysteme, verschiedene Spurweite), die noch interoperabel gestaltet werden müssen. Dies bedeutet eine europaweite Harmonisierung des Schienennetzes. Bislang sieht die Realität leider immer noch so aus, dass die Lokomotive an der Grenze ausgewechselt werden

muss, was zu endlosen Wartezeiten und starken Verspätungen führen kann. Das Ganze endet in einem Teufelskreis: Güter kommen zu spät an, was wiederum den Schienengüterverkehr unattraktiver macht. Dies verlagert den Güterverkehr weg von der Schiene auf die Straße, was wiederum zu mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß führt und nicht Sinn der Sache ist. So nähern wir uns dem Ziel, die CO<sub>2</sub>-Abgase bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu reduzieren, keineswegs an.

Für die Verbesserung der europäischen Verkehrspolitik ist der Bericht des Parlaments ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Der erste Schritt ist somit getan, nun müssen viele weitere folgen.



### Europäischer Auswärtiger Dienst: Parlament legt Grundstein für eine starke EU-Diplomatie

*von Wolfgang Kreissl-Dörfler*

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch, den 8. Juli 2010, in Straßburg einem ersten Bericht über die Einrichtung des neuen Europäischen

Auswärtigen Dienstes (EAD) zugestimmt. Der EAD soll die Basis für eine einheitliche europäische Außenpolitik bilden und die Hohe Vertreterin für Außenpolitik bei ihrer Arbeit unterstützen.

Der angenommene Bericht ist ein Kompromiss, der zwischen Parlament und der Hohen Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton verhandelt wurde. Das Europäische Parlament erhält darin weitreichende Befugnisse bei der Kontrolle und Entlastung des EAD-Haushalts. Zudem wird der EAD dem Parlament politisch rechenschaftspflichtig sein. Die Europaabgeordneten sollen rechtzeitig über die außenpolitischen Leitlinien informiert werden, erhalten besseren Zugang zu vertraulichen Dokumenten und können Leiter von EU-Delegationen in Drittstaaten vor ihrem Amtsantritt einer Anhörung unterziehen. Wir Sozialdemokraten begrüßen insbesondere, dass im neuen EAD den Menschenrechten eine entscheidende Rolle eingeräumt wird, und dass die Kompetenzen für die Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik bei der Kommission



verbleiben werden. Wir konnten damit verhindern, dass die Mitgliedstaaten hier je nach nationaler Interessenlage ihr eigenes Süppchen kochen.

Momentan sind noch zwei entscheidende Verordnungen in Arbeit, ohne die der EAD seine Arbeit nicht aufnehmen kann: Anpassungen zur Personalverordnung und zur Haushaltsordnung. Unser Kollege Bernhard Rapkay, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten, ist als Berichterstatter für die Anpassung des EU-Beamtenstatuts verantwortlich. Wichtig für uns Sozialdemokraten ist, dass das EAD-Personal sich der europäischen Aufgabe verpflichtet fühlt und nicht den jeweiligen Heimatregierungen. Der EAD wird voraussichtlich am 1. Dezember dieses Jahres seine Tätigkeit aufnehmen.

## **Die wechselnde Ratspräsidentschaft - Staffelstabübergabe in "weiche Hände"?**

*von Kerstin Westphal*

Am vergangenen Mittwoch wurde die spanische Ratspräsidentschaft José Luis Rodríguez Zapateros mit verdientem Lob in Straßburg vom europäischen Parlament verabschiedet und die neue belgische Ratspräsidentschaft, vertreten von Yves Leterme, mit vielen Erwartungen von den Parlamentariern begrüßt.

Die spanische Ratspräsidentschaft war die Erste nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags und mit ihr gab es nun zum ersten Mal zwei EU-Ratspräsidenten - einen halbjährlich Wechselnden und einen Ständigen, gewählt für die Dauer von zweieinhalb Jahren.

Für Beobachter, wie auch die direkt Beteiligten in den Gesetzgebungsinstitutionen der EU war von Anfang an spannend, wie sich das, vertraglich zwar grob geregelte, Verhältnis zwischen dem ständigen Ratspräsidenten Herman van Rompuy und der spanischen Ratspräsidentschaft in der Praxis ausgestalten würde.



Am Ende des spanischen Semesters lässt sich aber festhalten, dass das Verhältnis kein konfliktgeladenes war - Lob kann man dem spanischen Ministerpräsidenten Zapatero nicht zuletzt auch deswegen zusprechen, da er sich nicht eitel in den Vordergrund gedrängt, sondern bei vielen

Gelegenheiten van Rompuy, der dieses neue Amt erst noch ausfüllen muss, den Vortritt gelassen hat. Ob dies eigener Wille war oder eher der Umstand, dass Spanien nach Griechenland selbst in den Mittelpunkt der unangenehmen Aufmerksamkeiten zu rücken drohte, kann letztlich dahinstehen. Es bleiben aber mit der spanischen Ratspräsidentschaft fest verknüpft das SWIFT-Abkommen, der Europäische Auswärtige Dienst und die Bekämpfung der Finanzkrise, als Fortschritte europäischen gesetzgeberischen Handelns.

Der belgischen Ratspräsidentschaft obliegt es jetzt, daran ohne Unterbrechung anzuknüpfen. Deren wichtigste Vorstellungen sind richtig. So steht die Erreichung von Fortschritten im sozial-ökonomischen Bereich, durch die Schaffung grüner Arbeitsplätze, sowie die Bekämpfung der Armut und Verbesserungen bei den Diensten allgemeinen Interesses auf dem Programm. Die Vorbereitung der EU für den im Dezember stattfindenden UN-Klimagipfel in Cancún gehört ebenso dazu wie der anstehenden EU-Afrika-Gipfel.

Wie dieser Plan nun umgesetzt wird, wird nicht zuletzt auch von der innerstaatlichen Stabilität Belgiens abhängen. Am Mittwoch stellte Yves Leterrme als lediglich geschäftsführender Ministerpräsident dem Europäischen Parlament in Straßburg das Ratsprogramm vor. Eine neue belgische Regierung ist nach den kürzlich geschehenen Wahlen für Oktober zu erwarten, wobei nach wie vor fraglich ist, wie die sich die divergierenden Ziele der wallonischen Sozialisten mit der separatistischen flämischen NVA als Regierungsparteien vereinen lassen. Belgien hat aber schon umsichtig bestimmte europäische Aufgaben an die regionalen Ministerpräsidenten Flanderns, Walloniens und Brüssels verteilt, um ein grundsätzliches Funktionieren zu gewährleisten.

Vermutlich würde aber selbst ein Scheitern der belgischen Ratspräsidentschaft keine großen Auswirkungen haben. So wird Herman van Rompuy die Chance nutzen, gegenüber einer halbjährigen schwachen Ratspräsidentschaft mehr ordnend und leitend zu wirken und so dem Amt des ständigen Ratspräsidenten noch mehr Profil verleihen können. Daher wird man sich abschließend generell



fragen dürfen, ob die wechselnden Ratspräsidentschaften nicht zukünftig überflüssig sind – regieren wird nämlich das Faktische.

## Der Landwirt als Produzent und Dienstleister – Parlament plädiert für eine starke Gemeinsame Agrarpolitik

*von Ismail Ertug*

Das Parlament hat sich am Donnerstag, den 8. Juli, zu einer starken und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bekannt und sich damit argumentativ zeitiger in Stellung gebracht als Agrar-Kommissar Dacian Cioloș, der erst nach Sommerpause im Herbst eine erste Mitteilung zur GAP vorlegen wird. Mit dem angenommenen Bericht setzt sich das Parlament fraktionsübergreifend dafür ein, den zwei Polen, in deren Spannungsfeld sich Landwirte Europas sehen, besser gerecht zu werden als bisher: Als Produzenten müssen Landwirte wie jede andere Branche auch auf dem globalisierten Markt bestehen, doch zugleich als Dienstleister an der Gesellschaft in Europa für den Erhalt öffentlicher Güter sorgen, sprich Rückzugsräume für Flora, Fauna und Mensch erhalten, wofür sie derzeit über den am Markt erzielbaren Preis nicht entschädigt werden.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich für ein System aus Anreizen, für Entlohnung statt Subvention, weil wir denken, dass Landwirte nicht als Almosenempfänger dastehen sollten, sondern als erfolgreiche Unternehmer mit Anerkennung in der Gesellschaft für die Leistung, die sie zum Wohl aller erbringen. Wir halten die bisherige Struktur der Direktzahlungen, von denen 80 Prozent an nur 20 Prozent der Landwirte ausgeschüttet wurden, für überholt und setzen uns deshalb für eine Umstrukturierung der ersten Säule in ein dreistufiges System ein:

- **Zahlung eines Grundbetrags:** Die erste Stufe sieht einen Grundbetrag pro Hektar Anbaufläche vor, der an die Einhaltung von bestimmten ökologischen und sozialen Normen gekoppelt wird. Diesen Betrag erhalten alle Landwirte, die bereit sind, einen Vertrag über die Bewirtschaftung und Erhaltung des ländlichen Raums abzuschließen.
- **Zahlung eines Betrags aufgrund naturbedingter Benachteiligungen:** Diese Komponente sieht höhere Zahlungen für die Regionen vor, die einen oder mehrere natürliche Nachteile haben. Diese



Zahlungen sollten an die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und Umweltdienstleistungen geknüpft sein.

- **"Grüner-Punkt-Zahlungen"**: Die dritte Stufe umfasst Zahlungen für Dienstleistungen in ökologisch besonders sensiblen Gebieten. Als Beispiele sind hier extensive Weidewirtschaft, biologisch vielfältige Gebiete und ökologischer Landbau ebenso zu nennen, wie Produktionsverfahren für Erzeugnisse mit geschützter Herkunftsbezeichnung oder der Erhalt und die Pflege von Kulturlandschaft, Brachland und Marschland. Ein solches System setzt natürlich eine Einteilung des ländlichen Raums in Zonen voraus, die auf Unionsebene erfolgen müsste.

Wir Sozialdemokraten treten zudem dafür ein, dass die zweite Säule erhalten und im Kompetenzbereich der Agrarpolitik bleibt und alle Maßnahmen noch enger mit der Entwicklung des ländlichen Raums verknüpft werden. Besonderes Anliegen war uns auch, dass die Landwirtschaft flächendeckend erhalten werden kann, sprich auch in benachteiligten Regionen oder solchen, in denen vor allem kleinere Betriebe geführt werden. Deshalb haben wir uns für vereinfachte Regelungen für die Direktzahlungen und somit für die Entlastung kleinerer Familienbetriebe eingesetzt.

## Parlament macht Schluss mit Bonus-Wahnsinn der Banken

*von Wolfgang Kreissl-Dörfler*

Das EU-Parlament hat am Mittwoch, den 7. Juli 2010, im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie einen Gesetzesvorschlag verabschiedet, der die Bonuszahlungen an Banker begrenzt. Dieser Vorschlag ist wichtig, denn kurzsichtige Vergütungsanreize hatten die Risikobereitschaft von Finanzmanagern im Vorfeld der Krise erheblich befördert. Ab 2011 müssen nun 40 Prozent der Boni einbehalten werden. Gleichzeitig werden Barauszahlungen von Boni zu Gunsten von Aktien und speziellen Schuldverschreibungen begrenzt.

Wir Sozialdemokraten legen vor allem Wert darauf, dass die spätere Auszahlung an die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Unternehmens gebunden ist. Die Vergütungspolitik muss das langfristige Wohl von Unternehmen und Beschäftigten im Auge haben. Es dürfen nicht nur Erfolge belohnt, sondern es müssen auch Misserfolge sanktioniert werden! Darüber hinaus konnten wir Sozialdemokraten

durchsetzen, dass staatlich unterstützte Banken zunächst keine Manager-Boni zahlen dürfen. Diese Beschränkung gilt, bis die Kapitalbasis des betroffenen Instituts gestärkt und die Staatshilfe zurückgezahlt ist. Außerdem wird das Europäische Parlament höhere Eigenkapitalquoten für risikoreiche Geschäfte festlegen. Die neuen Regeln treten schrittweise ab Ende 2011 in Kraft und sollen sicherstellen, dass die Steuerzahler bei der nächsten Krise nicht erneut die Zeche für das Versagen der Manager zahlen.

## Europa hautnah erlebt

### *MdEP Kerstin Westphal empfängt Besucher aus ganz Franken*



Aus ganz Franken konnte Kerstin Westphal Teilnehmer-Innen ihrer zweiten Besuchergruppe in Straßburg begrüßen. Höhepunkt der Reise war der Besuch im Europäischen Parlament, wo die Gruppe interessante Einblicke in die Arbeit der Europa-abgeordneten gewinnen konnte.

Gemeinsam mit der Koordinatorin der S&D-Fraktion für Regionalpolitik,

Constanze Krehl, diskutierte Kerstin Westphal mit der Gruppe über die Zukunft der Regionalpolitik in Europa. Im Anschluss hatten die BesucherInnen die Möglichkeit, bei einer Plenarsitzung dabei zu sein. Dort konnten sie unter anderem die Abstimmung zum neuen SWIFT-Abkommen miterleben.



### Termine in Bayern

Freitag 16.07.2010	15.00 Uhr	Kerstin Westphal	Diplomübergabe der HWK Unterfranken	Fahrzeugakademie Schweinfurt
Freitag, 16.07.2010	20.00 Uhr	alle drei	Sitzung des Landesvorstands der BayernSPD	Sparkassen-Arena Landshut
Samstag, 17.07.2010	11.00 Uhr	Kerstin Westphal	Außerordentlicher Landesparteitag der BayernSPD „Wegen Umbau geöffnet“	Sparkassen-Arena Landshut
Dienstag, 20.07.2010	09.30 Uhr	Kerstin Westphal	Referat bei der Konferenz der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege „Vernetzen gegen Armut“	Katholische Stiftungsfachhochschule München
Mittwoch, 21.07.2010	09.00 Uhr	Kerstin Westphal	Teilnahme an der Verbandstagung des Bayerischen Städtetages	Straubing
Donnerstag, 22.07.2010	19.30 Uhr	Kerstin Westphal	Politik für ein starkes Europa, Mitgliederversammlung der SPD Schwabach	Hotel-Gasthaus Raab Schwabach
Freitag, 23. 07.2010	15.00 Uhr	Kerstin Westphal	Eröffnung Europabüro von MdEP Kerstin Westphal in Würzburg und Tag der offenen Tür	Semmelstr. 46 R 97421 Würzburg
Samstag 24.07.2010	09.30 Uhr	Wolfgang Kreissl- Dörfler	Rede anlässlich Festakt „60 Jahre Gemeinde und 40 Jahre Stadt Geretsried“	Rathaus Geretsried
Samstag 24.07.2010	ab 15 Uhr	Wolfgang Kreissl- Dörfler	SPD-Bürgerfest in München Schwabing	Elisabethplatz



Montag, 26.07.2010	19.00 Uhr	Kerstin Westphal	Referat bei der AsF Mittelfranken Veranstaltung „missbraucht – verdrängt – vergessen“	Haus der evang. luth. Kirche Nürnberg – Burgstr. 1-3
Mittwoch und Donnerstag 28. und 29. 07.2010		Kerstin Westphal	MdEP Kerstin Westphal gemeinsam mit der Vorsitzenden der OberfrankenSPD MdB Anette Kramme auf Tour durch Oberfranken	
Donnerstag, 2.9.2010	17.00 Uhr	Ismail Ertug	Kolloquium im Rahmen der europäischen Donauradtour	Passau
Freitag, 3.9.2010	08.00 Uhr	Ismail Ertug	Tag der offenen Tür im Europabüro Niederbayern	SPD Europabüro Niederbayern Nördlicher Stadtgraben 9 94469 Deggendorf



### So erreichen Sie unsere Büros...

#### ... in Brüssel:

##### Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP

European Parliament  
Büro ASP 12G354      Büro Low T07027  
Rue Wiertz 60      Allée du Printemps  
B-1047 Brussels      F-67070 Strasbourg  
Telefon: +32 (0)228 47110; Fax: +32 (0)228 49110  
E-Mail: [wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
Ansprechpartnerinnen:  
Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

##### Kerstin Westphal, MdEP

European Parliament  
Büro ASP 12G351      Büro Low T07025  
Rue Wiertz 60      Allée du Printemps  
B-1047 Brussels      F-67070 Strasbourg  
Telefon: +32 (0)228 47534; Fax: +32 (0)228 49534  
E-Mail: [kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
Ansprechpartner: Dr. Clemens zur Hausen und Philipp Krieg

##### Ismail Ertug, MdEP

European Parliament  
Büro ASP 12G342      Büro Low T07023  
Rue Wiertz 60      Allée du Printemps  
B-1047 Brussels      F-67070 Strasbourg  
Telefon: +32 (0)228 45547; Fax: 32 (0)228 49547  
E-Mail: [ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
AnsprechpartnerInnen:  
Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan

#### ... und daheim:

##### Europabüro

Oberanger 38/I, 80331 München  
Telefon: (089) 21 02 43 61  
Fax: (089) 21 02 43 61  
Mail: [info@kreissl-doerfler.de](mailto:info@kreissl-doerfler.de)  
Homepage: [www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)  
Ansprechpartnerin: Britta Besan  
Bürozeiten: Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-12 Uhr

##### Europabüro Schweinfurt

Kornmarkt 17, 97421 Schweinfurt  
Telefon: (09721) 715 716  
Fax: (09721) 474 08 84  
Mail: [eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de)  
Homepage: [www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)  
Ansprechpartnerin: Marietta Eder  
Bürozeiten: Mo-Do 9-16 Uhr, Fr. 9-13 Uhr

##### Europabüro Würzburg

Semmelstraße 46 R, 97070 Würzburg  
Telefon: (0931) 45 25 31 28  
Fax: (0931) 45 25 31 29  
Mail: [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)  
Ansprechpartnerin: Elisabeth Augustin

##### Europabüro Oberpfalz

Richard-Wagner-Str. 4, 93055 Regensburg  
Telefon: (0941) 29 79 98 73  
Fax: (0941) 29 79 98 75  
Mail: [thorsten.kaestl@ertug.eu](mailto:thorsten.kaestl@ertug.eu)  
Homepage: [www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)  
Ansprechpartner: Thorsten Kästl  
Bürozeiten: Mo-Fr 9-17 Uhr

##### Europabüro Niederbayern

Nördlicher Stadtgraben 9  
94469 Deggendorf  
Telefon: (0991) 379 11 64  
Fax: (0991) 379 111 63  
Mail: [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)  
Ansprechpartnerin: Katja Reitmaier